

## Bremer Landesparteitag

# SPD: Wer nicht ausbildet, soll zahlen

Betriebe ohne Lehrstellen sollen Beiträge zu Fonds leisten –  
Wetjen als Landeschef wiedergewählt

**JÜRGEN THEINER**

**Bremerhaven.** Die SPD will größere Betriebe, die keine Lehrstellen anbieten, zur Kasse bitten. Der Landesparteitag hat sich am Sonnabend in Bremerhaven einstimmig dafür ausgesprochen, einen sogenannten Ausbildungsfonds einzurichten. Die Einzahlungen sollen unter anderem dafür verwendet werden, überbetriebliche Ausbildungsanstrengungen zu finanzieren. Die Sozialdemokraten gehen damit auf Konfrontationskurs zu den Wirtschaftsverbänden, die eine solche Abgabe ausdrücklich ablehnen.



Beim Landesparteitag der SPD standen unter anderem Vorstandswahlen auf der Tagesordnung

SPD-Landeschef Reinhold Wetjen warb vor den rund 140 Delegierten nachdrücklich für das Instrument. Zahlen der Arbeitnehmerkammer belegten den engen Zusammenhang zwischen Ausbildung und Chancen in der Berufswelt. Während es unter Fachkräften eine Arbeitslosenquote von lediglich fünf Prozent gebe, seien es bei Ungelernten 35 Prozent. Daraus folge, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, jedem Schulabgänger eine Lehrstelle anzubieten. Unternehmen, die sich dieser Aufgabe entziehen, müssten entsprechend sanktioniert werden, forderte auch Juso-Vorsitzender Sebastian Schmugler: „Es muss einen Ausgleich geben zwischen Unternehmen, die völlig verantwortungslos keine Ausbildungsplätze bereitstellen, aber ständig nach qualifiziertem Nachwuchs rufen, und Firmen, die ihrer Verantwortung gerecht werden.“

Ständig präsent war auf dem Parteitag das Thema Ukraine. Allerdings wurde es weniger kontrovers diskutiert, als manche öffentliche Positionierung einzelner Akteure im Vorfeld der Veranstaltung es hätte erwarten lassen. Grundlage der Debatte war ein Resolutionsentwurf aus den Reihen des Arbeitskreises „Frieden“. Die ursprüngliche Fassung enthielt eine Absage zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und ein Nein zur deutlichen Erhöhung des Wehretats.

Diese Passagen wurden vor dem Parteitag entschärft. In der Resolution wird die russische Aggression gegen die Ukraine nun scharf verurteilt, zugleich aber zu maßvollen Reaktionen gemahnt. Es dürfe nicht zu einer Ausweitung des Krieges über die Ukraine hinaus kommen.

### **Warnung vor Aufrüstung**

In der Debatte über den Entwurf gab der Europa-Abgeordnete Joachim Schuster den Ton vor. Er warnte vor einer „konfrontativen Aufrüstungslogik“ im Verhältnis des Westens zu Russland. Zwar müsse Deutschlands Verteidigungsfähigkeit verbessert werden. Das koste Geld. „Aber ich finde es schwierig, bestimmte Beträge zu nennen“, sagte Schuster. „Wer es mit 50 Milliarden nicht schafft, warme Unterhosen für die Soldaten zu beschaffen, der wird es auch nicht mit 100 Milliarden schaffen.“

Die Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski, parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, stellte fest: „Wir müssen vermeintliche Gewissheiten neu diskutieren.“ Nach dem Ende der Blockkonfrontation Anfang der Neunzigerjahre sei man davon ausgegangen, dass Grenzen in Europa nie wieder gewaltsam verschoben werden. Diese Gewissheit habe der russische Staatschef Wladimir Putin zerstört. Deutschland stehe nun in der Pflicht, die Ukraine bei der Verteidigung ihrer Grenzen zu unterstützen. Allerdings müsse man jetzt schon überlegen, wie es nach dem Krieg zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur kommen kann, die Russland einbezieht.

Bürgermeister Andreas Bovenschulte sah den SPD-Landesverband auf einer Linie mit der Politik des Bundeskanzlers. Olaf Scholz habe Deutschland im Ukraine-Konflikt mit seiner abgewogenen und zugleich klaren Haltung gegenüber Russland klug positioniert. „Bei uns darf niemand das Ruder in die Hand bekommen, der mit Zocker-Mentalität an Fragen von Krieg und Frieden herangeht“, mahnte der Bürgermeister. Es gelte, der angegriffenen Ukraine, so gut es geht, beizustehen, aber zugleich keine Ausweitung des Krieges zu provozieren.

An der Spitze des Landesverbandes steht für weitere zwei Jahre Reinhold Wetjen. Bei den Vorstandswahlen trat der 69-Jährige ohne Gegenkandidat an und erhielt 124 Ja-Stimmen, sieben Delegierte votierten mit Nein. Das Ergebnis entsprach einer Zustimmungsquote von 91,8 Prozent.

Auf den Stellvertreterpositionen gab es eine Neuerung: Für Sarah Ryglewski, die im Vorfeld des Parteitags ihren Verzicht erklärt hatte, rückte Anke Kozlowski nach. Die Kommunalpolitikerin vertritt die SPD im Beirat Östliche Vorstadt. Sven Awiszus (Bremerhaven) wurde in seiner Funktion als Wetjen-Vize bestätigt. Ein vergleichsweise schlechtes Ergebnis fuhr die neue Landesschatzmeisterin Kirsten Löffelholz ein. Hintergrund waren Querelen im SPD-Unterbezirk Bremen-Nord. Von dort war die langjährige Schatzmeisterin Gisela Schwellach, die das Defizit der Landespartei kontinuierlich abgebaut hatte, nicht mehr nominiert worden. Schwellach zog daraufhin ihre Kandidatur zurück.

---